

Für weltanschauliche Neutralität des Staates - Laizistischer Gesprächskreis SPD-Sachsen -



Newsletter 04/12

Liebe Genossinnen und Genossen,

liebe Unterstützerinnen und Unterstützer,

viele von Euch werden den Landesparteitag der sächsischen SPD am vergangenen Wochenende aufmerksam verfolgt haben. Von besonderer Bedeutung für unseren Gesprächskreis waren dabei zwei Anträge zum **Arbeitsrecht bei kirchlichen Arbeitgebern**. Da war zum einen unser Antrag, der von der SPD Vogtland und Freiberg bereits zum Landesparteitag im vergangenen Jahr gestellt wurde. Über die Diskussion im Parteirat und die ergebnislosen Verhandlungen danach hatten wir Euch in den vorigen Newslettern bereits informiert. Nun musste dieser Antrag erneut auf dem Parteitag beraten werden – diesmal eingebracht von der SPD Mittelsachsen, Freiberg und Vogtland. Dieser Vorstoß hat ganz offensichtlich auch den SPD-Arbeitskreis Christen (AKC) unter Druck gesetzt. Denn der AKC brachte seinerseits – seit der letzten Änderung des SPD-Bundesstatuts sind Arbeitskreise antragsberechtigt - einen Antrag zum Landesparteitag ein. Beide Anträge findet Ihr in der Anlage.

Positiv am AKC-Antrag ist, dass sich auch die Christen in der Sachsen-SPD zum Veränderungsbedarf des kirchlichen Arbeitsrechts bekennen. Der Antrag spricht den Beschäftigten der Kirchen das Streikrecht zu und geht damit auf Distanz zu den einschlägigen Positionen insbesondere der evang. Landeskirche. Allerdings greift der Antrag des AKC bei zentralen Fragen dennoch zu kurz. Er übernimmt die taktische, aber verfassungsrechtlich falsche Position der Kirchen, wonach das schlechte kirchliche Arbeitsrecht vom Grundgesetz legitimiert und deshalb der Veränderungsbedarf keine politische, sondern eine innerkirchliche Angelegenheit sei. Dahinter steht erkennbar die Absicht, die vom einfachen Gesetzgeber geschaffenen Kirchenprivilegien, durch die Beschäftigte bis heute rechtlich schlechter gestellt werden, auch weiterhin unangetastet zu lassen. Davon, dass kirchlichen Arbeitnehmern eine echte Mitbestimmung mit Hilfe von Gewerkschaften ermöglicht werden muss, dass die Rechte des Betriebsverfassungsgesetzes auch auf die Kirchenbetriebe erstreckt werden und der Diskriminierungsschutz endlich auch für kirchliche Beschäftigte gelten muss, fehlt jedes Wort. Der Antrag ist deshalb im Kern opportunistisch¹, denn er klammert die entscheidenden Benachteiligungsfragen aus.

¹ Damit sich unsere mitlesenden GenossInnen vom AKC nicht verletzt fühlen, hier die allgemeine Bedeutung des Wortes „opportunistisch“: „in übertriebener Weise an die gegebenen Verhältnisse angepasst um des augenblicklichen Nutzens willen unter Preisgabe seiner Grundsätze“.

Für weltanschauliche Neutralität des Staates - Laizistischer Gesprächskreis SPD-Sachsen -

Beide Anträge wurden auf dem Parteitag leidenschaftlich, aber von einigen AKC-Mitgliedern leider auch unsachlich, diskutiert. Mehrere christliche GenossInnen kamen nicht umhin, die Andersdenkenden als Kirchenfeinde zu diffamieren. Der AKC sollte endlich einmal intern klären, ob sich ein solches Verhalten mit der innerparteilichen Demokratie und mit den immer wieder beschworenen christlichen Werten in Einklang bringen lässt.

Entgegen der ursprünglichen Planung wurde unser Antrag nicht für erledigt erklärt (die Empfehlung der Antragskommission lautete auf „erledigt durch Annahme des AKC-Antrages“). Beide Anträge kamen nacheinander zur Abstimmung. Das Ergebnis war äußerst knapp: Der AKC-Antrag wurde mit klarer Mehrheit angenommen. Bei der anschließenden Abstimmung über unseren Antrag votierten 56 Delegierte mit Ja, 57 mit Nein, bei 18 Enthaltungen. Knapper konnte unser Antrag kaum abgelehnt werden. Dazu erklärt Rolf Schwanitz:

*"Zunächst danke ich allen, die sich auf dem Parteitag für unser Anliegen eingesetzt haben. Das gilt für die Antragsteller selbst, das gilt aber auch für die Delegierten, die für unseren Antrag gesprochen und uns unterstützt haben. Wenn man bei einer Abstimmung am Ende so knapp, mit nur zwei Stimmen, verliert, dann ist das natürlich sehr bitter. Für die Sachsen-SPD war das wirklich ein **schwarzer Sonntag**. Die Kirchenlobbyisten können sich vorerst zufrieden auf die Schultern klopfen. Ich selbst werde nie verstehen, dass sich Sozialdemokraten der Gleichberechtigung von Arbeitnehmern überhaupt verweigern können. Einen Tag, nachdem sich die Sachsen-SPD in ihrem Leitantrag für faire Arbeit und für die Stärkung der Mitbestimmung aussprach, hat sie dies bei kirchlichen Arbeitnehmern im Kern verneint. Das ist eine kalte Absage an tausende Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Freistaat Sachsen. Den Betroffenen wird das nicht verborgen bleiben. Glaubwürdige Politik kann so nicht entstehen."*

Trotz dieser knappen Abstimmungsniederlage ziehen wir als Laizistinnen und Laizisten aber nicht nur ein negatives Fazit. Zum einen konnte die längst überfällige Diskussion über dieses wichtige Thema nicht länger weggedrückt werden – es wurde zum ersten Mal ausführlich auf einem Landesparteitag besprochen. Zum anderen hat auch der AKC-Sachsen anerkannt, dass sich beim kirchlichen Arbeitsrecht etwas ändern muss. Auf das Ergebnis sind wir gespannt.

Die Befürworter des nun beschlossenen AKC-Antrages, allen voran Martin Dulig und Andreas Weigel, stehen nun in der Pflicht, die Versprechungen zu verwirklichen, die sie auf dem Parteitag verkündet haben. Der Gesprächskreis der Laizistinnen und Laizisten der SPD-Sachsen wird sehr aufmerksam verfolgen, ob die Ankündigungen wirklich umgesetzt werden.

Der Sprecherkreis

Laizistischer Gesprächskreis SPD-Sachsen

Sprecherkreis:
Rolf Schwanitz, SPD-Ortsverein Plauen
Silvia Wenzel, SPD-Ortsverein Göltzschtal
N.N.

Postanschrift:
Rolf Schwanitz
Röttis 4d
08547 Plauen OT Jößnitz

Mail: rolfschwanitz@gmx.de
<http://www.laizistische-sozis.eu>
<http://laizistischesozis.plusboard.de>
sowie bei www.facebook.com